

Sparmassnahmen im Bildungswesen: die Verhandlungen haben Früchte getragen

Medienmitteilung
2. November 2015

Die von der FEDE und den Lehrerverbänden geführten Verhandlungen mit dem Staatsrat haben Früchte getragen: Der Kanton verzichtet auf mehrere Sparmassnahmen, welche die Qualität des Unterrichts gefährdet hätten. An den Lohnmassnahmen hält er hingegen fest.

Nach intensiven Verhandlungen mit der EKSD, der FEDE und den in der FAFE organisierten betroffenen Berufsverbänden – Lehrerinnen und Lehrer Deutschfreiburg (LDF), Société Pédagogique Fribourgeoise Francophone (SPFF), Association des Maîtres du CO Francophone Fribourgeois (AMCOFF), Vereinigung der Freiburger Lehrpersonen der Sekundarstufe II (VFM), Freiburgischer Verband für beruflichen Unterricht (FVBU) – hat sich die Regierung dazu bereit erklärt, mehrere hart umkämpfte Sparmassnahmen auszuklamern.

Im Anschluss an die Kundgebung vom 26. Juni, die rund 1000 Demonstrierende in Freiburg versammelte, und nach mehrfacher Anhörung der Vertretenden der Lehrpersonen hat der Staatsrat den Unmut im Freiburger Schulsystem endlich zur Kenntnis genommen.

Der Staatsrat schlägt nun Sparmassnahmen in Höhe von 1,8 Millionen Franken vor, die keinen massgeblichen Einfluss auf die Unterrichtsqualität haben werden. Das war schliesslich auch das wichtigste und nicht verhandelbare Anliegen der FEDE und der Lehrerverbände.

Die Sparmassnahme, welche den Stellenanstieg von 16,5 Vollzeitstellen in der Primarschule eingefroren und die Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Klasse erhöht hätte, soll im Rahmen des Ausführungsreglements zum Schulgesetz erwo-

gen werden. Eine weitere wichtige Errungenschaft ist die Einsetzung einer Kommission für Schülerbestände, in der verschiedene Parteien vertreten sind, darunter auch die Berufsverbände und Gewerkschaften. Gleichfalls hat der Staatsrat auch die Massnahme fallengelassen, welche die Entlohnung der Lehrpersonen der Sekundarstufe II von der Grösse der Klassen abhängig gemacht hätte.

Des Weiteren wird die vom Staatsrat beauftragte paritätische Gruppe ihre Arbeit fortsetzen und Vorschläge zur Optimierung der Finanzmittel, die der Freiburger Schule zur Verfügung stehen, ausarbeiten.

Die Leitlinie der FEDE und der Lehrerverbände bleibt unverändert: Sie möchten die aktuelle Qualität der Freiburger Schulen aufrechterhalten, indem gute Rahmenbedingungen und Unterstützungsleistungen gewährleistet bleiben. Die Schülerinnen und Schüler müssen bei den Überlegungen des Staatsrats immer im Zentrum stehen, damit unser Kanton allen Schülerinnen und Schülern die bestmöglichen Bedingungen bieten kann.

Der Einfluss der FEDE und der Zusammhalt der Lehrerverbände waren in diesen Verhandlungen von zentraler Bedeutung. Die schlagkräftigen Argumente der Berufsverbände, die ihre Mitglieder bestens kennen und ihnen im Alltag mit Tat und Rat zur

Seite stehen, waren der bestimmende Faktor für die Entscheidungsfindung des Staatsrats.

Die FEDE und die Mitgliedverbände sind sich aber des nach wie vor herrschenden Unmuts bei einem Teil der Lehrpersonen bewusst. Sie werden ihr Ziel nicht aus den Augen verlieren: Die Qualität des Unterrichts und die Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen verteidigen und stärken. Aber man darf auch den aktuellen Kontext nicht aus den Augen verlieren, namentlich die im gesamten öffentlichen Sektor stattfindenden Sparmassnahmen.

Neben dem Fallenlassen mehrerer Massnahmen im Bildungswesen hat die Regierung auch versprochen, 2017, sofern keine grössere Katastrophe eintritt, keine neuen Sparmassnahmen beim Staatspersonal zu beschliessen.

Zwei weitere Zugeständnisse haben die FEDE dazu bewogen, weiter den Dialog mit dem Staatsrat zu suchen, anstatt die Konfrontation zu wählen:

Die Regierung hat einer Erhöhung der Entschädigungen für Pikettdienste der Staatsangestellten von 15 auf 25 Franken zugestimmt sowie neue Massnahmen gegen Belästigung in die Wege geleitet, die unseren Erwartungen besser entsprechen.

Der Staatsrat hat hingegen auf seiner Position bezüglich der Lohnmassnahmen, die das gesamte Personal betreffen, beharrt. Somit wird der Stufenanstieg 2016 erst im Juli gewährt, wie vorgesehen, und nicht bereits im Januar, dies gegen den Willen der Verbände.

Bernard Fragnière, Präsident der FEDE